

Gewerkschaft verlangt Aufhebung der Immunität Battistellis

EUROPÄISCHES PATENTAMT Die Gewerkschaft IGEPa hat das Patentamt angeklagt. Die Gewerkschaft bittet die Mitgliedstaaten, gegen Präsident Battistelli vorzugehen.

- Eppo König

29. Juni 2016

Die Immunität von Präsident Benoît Battistelli vom Europäischen Patentamt muss aufgehoben werden. Diesen Aufruf hat die Gewerkschaft IGEPa am Dienstag über ihre Rechtsanwältin Liesbeth Zegveld an die 38 Mitgliedstaaten des Amts gerichtet.

Anlass für den Appell ist die weitere Eskalation des Arbeitskonflikts zwischen der Gewerkschaft und dem Franzosen Battistelli. Die Gewerkschaft, die die Hälfte der 7.000 Arbeitnehmer vertritt, hat das Patentamt jetzt wegen Sanktionen gegen Vorstandsmitglieder der Gewerkschaft vor Gericht gestellt.

Das Amt verleiht europäische Patente und besitzt Zweigstellen in Deutschland, Österreich, den Niederlanden und Belgien. Das Patentamt beruft sich darauf, dass es als internationale Organisation nicht dem nationalen Arbeitsrecht unterliegt und Immunität genießt. Der Gerichtshof in Den Haag hatte sich in einem Urteil, das von Battistelli jedoch ignoriert wurde, dagegen ausgesprochen. Die Angelegenheit wurde jetzt dem Hoge Raad, dem obersten Gericht, übergeben.

Die Führungskrise wird im Mittelpunkt der Gespräche des Leitungsgremiums, des höchsten Organs mit Repräsentanten der 38 Mitgliedstaaten, stehen, das sich am Mittwoch und Donnerstag in München trifft. Laut einem EPA-Sprecher wird das Patentamt nicht über die Tagesordnung des Leitungsgremiums spekulieren.

Im März rief das Gremium Battistelli auf, die Beziehung zur Gewerkschaft zu normalisieren. Stattdessen wurde IGEPa-Schriftführer Laurent Prunier kürzlich wegen angeblichen Fehlverhaltens suspendiert. Laut Anwältin Zegveld laufen ‚Disziplinaruntersuchungen‘ gegen sieben Gewerkschaftsvorsitzende, was rund einem Drittel entspricht. Die Verfahren können zu Entlassungen oder Kürzungen von Gehalt oder Rentenbezügen führen.

Die Gewerkschaft hat ein kurzes Verfahren beim Haager Gericht eingeleitet, um die Disziplinaruntersuchungen von unabhängiger Seite beurteilen zu lassen. Das Patentamt ließ

den Vollstreckungsbeamten, der die Vorladung brachte, von fünf Wachleuten aus dem Gebäude bringen. Sie wollten ihm auch nicht mitteilen, wo sich der Briefkasten befindet.

Einige wichtige Mitgliedstaaten wie Deutschland, Frankreich und die Schweiz, sehen Battistelli sehr kritisch. Er verschlimmerte die Situation kürzlich noch weiter, indem er persönlichen Druck während eines Entlassungsverfahrens gegen einen irischen Patentanwalt ausübte. Battistelli forderte in einem Schreiben, dieser Patentanwalt solle keine öffentliche Anhörung durch eine Beschwerdekammer erhalten. Die Kommission sagte, sie sei bei dem Rechtsstreit unabhängig und hat der Entlassung nicht zugestimmt.

Ein Sprecher teilte mit, das Amt werde sich nicht in individuelle Angelegenheiten einmischen.